

Das Christentum im Staate Israel

Von WILHELM DE VRIES S.J.

Das Problem der heiligen Stätten ist für die ganze christliche Welt von brennendem Interesse. Dieser Tatsache trug die UNO Rechnung durch den Beschluß der Generalversammlung vom 9. Dezember 1949, der die Internationalisierung der Stadt Jerusalem und ihrer Umgebung und internationalen Schutz für die in Palästina verstreuten heiligen Stätten vorsah (vgl. „Zeitbericht“ im Märzheft dieses Jahres, S. 447). Diese Entscheidung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es stimmten 38 Nationen dafür, 14 dagegen und 7 enthielten sich der Stimme. Der Beschluß nahm ausdrücklich Bezug auf die bereits am 29. November 1947 gefaßte Entschließung, Jerusalem und Umgebung mit einem besonderen Statut unter dem Schutz der Vereinten Nationen als vom restlichen Palästina losgelöstes Gebiet zu konstituieren. Nunmehr wurden die Grenzen dieses Gebietes festgelegt und der Treuhänderrat mit der Ausarbeitung des Statuts für Jerusalem betraut. Damit schienen die berechtigten Erwartungen aller Christen befriedigt. Der tatsächlichen Ausführung des Beschlusses trat jedoch die Aufnahme Israels in die UNO und die Anerkennung des neuen Staates durch die Vereinten Nationen hindernd in den Weg. Bald zeigte sich, daß die beiden Hauptmächte der UNO, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, dem Plan der Internationalisierung ablehnend gegenüberstehen. Bei der Abstimmung über das vom Treuhänderrat ausgearbeitete Statut am 4. April 1950 enthielten sich beide Mächte der Stimme, was praktisch eine Ablehnung des Planes bedeutete. Der Widerstand sowohl Israels wie auch Jordaniens verhinderte die Durchführung des Beschlusses der Vereinten Nationen. Israel antwortete auf die Entscheidung der UNO mit der Verlegung einiger Ministerien in den jüdischen Teil Jerusalems und mit der Proklamierung dieser Stadt zur Hauptstadt des neuen Staates. Jordanien lehnte den Beschluß ausdrücklich ab. Wegen der aufgetauchten unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten beschloß der Treuhänderrat am 14. Juni 1950 die Frage der Internationalisierung Jerusalems an die Generalversammlung der UNO zurückzuverweisen. Damit gab der Rat praktisch das Scheitern seiner Bemühungen zu.

Israel trat nun mit eigenen Vorschlägen zur Lösung des Problems auf den Plan. Als Ersatz für die Schaffung eines internationalen Territoriums wird vorgesehen, daß der Generalversammlung der UNO ein Schutzrecht über die heiligen Stätten Jerusalems zukommen soll, das sie durch einen Vertreter oder durch eine Körperschaft ausüben soll. Für die heiligen Stätten außerhalb Jerusalems könnte dann der Vertreter der UNO mit den beiden Mächten, Israel und Jordanien, Verträge zu deren Schutz abschließen. Die Vorschläge Israels stellen eine einseitige Belastung Jordaniens dar; denn die weitaus meisten und wichtigsten Heiligtümer in Jerusalem liegen im arabischen Teil der Stadt. Im jüdischen Jerusalem finden sich nur die Kirche

der Dormitio und der Abendmahlssaal. Für Bethlehem und Nazareth, die beide im Staate Israel liegen, ist überhaupt keine internationale Garantie vorgesehen. Zudem sind die Vorschläge Israels vollkommen unzureichend für einen wirksamen Schutz der heiligen Stätten. Der Vertreter der UNO, der die Heiligtümer zu verwalten hätte, würde keinerlei Macht in der Hand haben, um deren Sicherheit wirklich zu gewährleisten. Von der UNO ist keine wirksame Unterstützung zu erwarten, da die führenden Nationen wenig politisches Interesse an der Sache haben und die religiösen Belange, die hier auf dem Spiele stehen, sie kaum dazu bewegen werden, sich ernstlich einzusetzen. Zudem bliebe Jerusalem ohne die Schaffung eines internationalen Territoriums unter zwei feindliche Parteien — Israel und Jordanien — aufgeteilt. Was das für Unzuträglichkeiten mit sich bringt, ist uns aus dem Beispiel Berlins bekannt. Die Sicherheit der heiligen Stätten kann so nicht genügend erreicht werden.

Der augenblickliche Stand der Frage nach dem Schutz der heiligen Stätten ist also äußerst unbefriedigend. Die UNO bringt nicht die nötige Energie auf, ihren Beschluß vom 9. Dezember 1949 gegen den Widerstand Israels und Jordaniens wirklich durchzusetzen. Israel beruft sich für seine Ablehnung auf die Grundsätze der Demokratie: Die Bevölkerung wünscht die Internationalisierung nicht. Es vergißt dabei, daß die demokratischen Grundsätze von ihm verlangen, sich dem Mehrheitsbeschluß der UNO, der Israel selbst angehört, zu fügen.

Die Internationalisierung Jerusalems ist nicht nur für die Sicherheit der heiligen Stätten, sondern ebenso für die Zukunft des Christentums im Heiligen Lande von grundlegender Bedeutung. Wenn die Internationalisierung nicht durchgeführt wird, steht zu befürchten, daß den Christen in Jerusalem nichts übrigbleiben wird als auszuwandern oder zugrundezugehen. Der lateinische Patriarch würde dann ein Hirt ohne Herde, die Kustodie des Heiligen Landes der Franziskaner und die anderen Orden würden ein Generalstab ohne Truppe sein. Niemand würde die 110000 Juden, die heute schon Dreiviertel der Stadt in der Hand haben, ernsthaft daran hindern, eines Tages auch den Rest sich anzueignen. Das würde den Ruin der heiligen Stätten und einen vernichtenden Schlag gegen den Mittelpunkt des Christentums im Heiligen Lande bedeuten.

Die Stellung des Christentums im Lande Christi war auch vor den Ereignissen der letzten Jahre nicht sehr stark. Nach der letzten Volkszählung der britischen Mandatsregierung im Jahre 1947 waren nur 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung christlich. Man zählte 140000 Christen unter 1925000 Einwohnern. Zudem ist das Christentum in Palästina in sich gespalten. Die katholische Kirche ist in der Minderheit; sie zählt nur etwa 45000 Gläubige. Dazu ist sie geschwächt durch die leidige Rivalität zwischen lateinischen und orientalischen Katholiken. Die zahlenmäßig bedeutendste christliche Gemeinschaft in Palästina ist die griechisch-orthodoxe, die aber stark unter dem Gegensatz zwischen dem arabischen Kirchenvolk und der griechischen

Kirchenführung leidet. Das Christentum ist von den Stürmen des Krieges schwer erschüttert worden. Die Christen standen in dem Kampf zwischen Arabern und Juden eindeutig auf der Seite der Araber. Sie fühlen sich als Araber und deshalb durch die jüdische Einwanderung bedroht. Die Mohammedaner haben trotz mancher Bedrückung doch im ganzen seit 1300 Jahren mit den Christen friedlich zusammengelebt. Für sie ist Christus ein Prophet, den sie verehren. Die Juden dagegen stehen instinktiv im schärfsten Gegensatz zum Christentum. Auch die kirchlichen Autoritäten haben in einem Memorandum vom 3. März 1948 Stellung genommen gegen den Plan einer Teilung Palästinas, das weite Gebiete des Landes unter jüdische Herrschaft bringen sollte. Das Dokument wurde unterzeichnet vom lateinischen Patriarchen von Jerusalem, vom griechisch-orthodoxen Patriarchen, vom Kustos des Heiligen Landes und von Vertretern verschiedener Orden (vgl. *La Libre Belgique* 10. 11. 48). Besonders energisch setzte sich für die arabische Sache der griechisch-katholische Bischof von Haifa Msgr. Georg Hakim ein, der sich allerdings heute nach seiner Rückkehr in seine Diözese judenfreundlich zeigt.

In das Unglück der Araber während des Krieges wurden die Christen mit hineingerissen. Unter den etwa 800000 arabischen Flüchtlingen, die aus Angst vor dem jüdischen Terror Palästina verließen, waren 70—80000 Christen, davon 20—30000 Katholiken. Bei der Enge des Raumes und der Kleinheit der Verhältnisse handelt es sich hier um eine wahre Völkerwanderung und für das Christentum um eine völlige Umwälzung der Verhältnisse. Die ganze kirchliche Organisation ist durch diese Bevölkerungsverschiebung verwirrt worden. Im Gebiet Israels gab es vor dem Massenauszug der Araber etwa 80000 Christen. Davon sind nur 36000 übriggeblieben. In der griechisch-katholischen Diözese Haifa hat man 13 Kirchen schließen müssen, weil keine Gläubigen mehr da sind. Vom lateinischen Patriarchat Jerusalem haben aus dem gleichen Grunde fünf Pfarreien zu existieren aufgehört. In Israel haben bisher insgesamt 50 kirchliche Einrichtungen aus Mangel an Gläubigen ihre Tore geschlossen. Im arabischen Teil Palästinas ist die Zahl der Christen dagegen von 60000 auf 80000 gestiegen, weil ein großer Teil der aus Israel geflohenen Araber dort Aufnahme fand. 24000 palästinensische Christen führen in den Flüchtlingslagern in Syrien und Libanon ein elendes Dasein. Der unlängst ermordete König Abdullah stand dem Christentum durchaus wohlwollend gegenüber. Die Einstellung seines Sohnes und Erben Talal bleibt abzuwarten. Im arabischen Anteil Palästinas herrscht volle Religionsfreiheit, und es besteht kein Anlaß zur Klage. Auch im öffentlichen Leben haben die Christen einen ihrer Zahl entsprechenden Einfluß. Ihre materielle Lage ist freilich auch in Jordanien oft sehr bedrängt. Die Flüchtlinge, die bei bekannten oder verwandten Familien untergebracht sind, erhalten keinerlei Unterstützung. Die Alteingesessenen sehen sich vielfach ihrer bisherigen Existenzgrundlage beraubt. Viele, die bei der englischen Mandatsregierung angestellt waren, haben ihren Posten verloren.

Nicht wenige andere lebten vom Pilgerverkehr, der jahrelang ganz aussetzte und auch jetzt erst wieder sehr langsam neu beginnt.

Wie steht es nun mit dem Christentum im neuen Staate Israel? Manche haben gemeint, das Auftauchen der neuen dritten Macht im Orient im Interesse des Christentums begrüßen zu dürfen. Sie hofften in den Zionisten Bundesgenossen gegen den Islam zu finden, unter dessen Herrschaft die christlichen Gemeinden ein im ganzen doch recht gedrücktes Dasein fristeten. Diese Hoffnungen dürften zu schweren Enttäuschungen führen. Die ganze Einstellung des Judentums gegenüber allem Christlichen ist von Haus aus wenig günstig. Die zionistischen Juden sind zudem meist reine Materialisten. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung Israels dürften praktisch gottlos sein. Auch die leitenden Männer sind infolge ihrer liberalen Erziehung vollkommen areligiös eingestellt. Die zionistische Jugend hat während des Krieges einen Haß gegen das Christentum an den Tag gelegt, der sicher nichts Gutes erwarten läßt. Die jüdischen Truppen und insbesondere die mehr oder weniger irregulären Banden haben zahllose und schwerste Sakrilegien begangen. Kein Kreuz, keine Statue, kein Heiligenbild war vor ihnen sicher. Auch das heiligste Sakrament haben sie oft genug in der scheußlichsten Weise profaniert. Nach dem Kriege ist freilich im ganzen wieder Ordnung eingekehrt. Entweihungen und Plünderungen sind nach Schluß der Feindseligkeiten nur noch vereinzelt vorgekommen. Aber die haßerfüllte Einstellung bleibt. Ein Zeichen dafür ist zum Beispiel die Tatsache, daß oft genug jüdische Kinder das Kreuz verhöhnen, wo sie es finden, sei es auch auf der Brust von Ordensschwestern. Die Erwachsenen halten mit ihren Gefühlen klug zurück. Das Tun der Kinder, die keine Hemmungen haben, ist aber ein sicheres Anzeichen für die Gesinnung auch der Erwachsenen. Auch von den religiös eingestellten Juden, dem konservativen religiösen Block, der politisch in der Opposition steht, ist nichts Gutes zu erwarten. Gerade von dieser Seite wird z. B. Druck auf die jüdischen Eltern ausgeübt, daß sie ihre Kinder nicht in die Schulen der katholischen Ordensleute schicken sollen.

Es soll aber nicht geleugnet werden, daß nicht wenige, darunter auch führende Männer im neuen Staate Israel ehrlich zu einem guten Verhältnis mit den Christen kommen wollen. Insbesondere in der christlichen Abteilung im Ministerium für religiöse Angelegenheiten sind solche Männer tätig. Das Ministerium gibt unter dem Titel „Nouvelles Chrétiennes d'Israel“ eine Monatschrift heraus, die dem guten Einvernehmen mit den Christen dienen soll. Auch katholische Prälaten haben in dieser Zeitschrift Artikel geschrieben. Es fehlt auch nicht an freundlichen Gesten der Regierung Israels gegenüber den christlichen Gemeinschaften. Geistliche und Ordensleute werden durchweg mit betonter Höflichkeit behandelt. Ein großer Teil der im Krieg beschlagnahmten Gebäude wurde zurückerstattet, wenn auch zu meist in sehr üblem Zustand und ohne Leistung von Schadenersatz. Die kirchlichen Einrichtungen genießen weiter wie auch zur Zeit der englischen

Mandatsregierung Zollvergünstigungen. Seit Juni 1950 verbreitet Radio Israel regelmäßig auch christliche religiöse Feiern, so an jedem dritten Sonntag im Monat katholischen Gottesdienst. Der lateinische Patriarch wurde bei seinem Besuch im Staat Israel im März 1950 mit allen Ehren aufgenommen. Man veranstaltete in Jaffa zu seiner Ehre sogar einen feierlichen Empfang, an dem auch Mitglieder des diplomatischen Korps und hohe Staatsbeamte teilnahmen. Man wird aber bei all dem nicht den Eindruck los, daß diese freundlichen Gesten hauptsächlich propagandistischen Sinn haben. Die Regierung Israels legt heute Wert darauf, die öffentliche Meinung in der Welt glauben zu machen, daß alles in Ordnung sei, was die Lage der Christen im neuen Staat angeht, und daß unter dem jüdischen Regime für die Sicherheit der heiligen Stätten nichts zu fürchten sei. Das Schreckgespenst der Internationalisierung Jerusalems droht immer noch, wenn auch im Augenblick die UNO ihren Beschluß vom Dezember 1949 nicht urgiert. Der Präsident Chaim Weizmann selbst machte in diesem Sinne Propaganda bei Gelegenheit der Feier, die am 12. September 1949 in der Universität von Freiburg in der Schweiz zu seiner Ehre aus Anlaß des 50. Jahrestages seiner Doktorpromotion gehalten wurde. Der Präsident unterstrich die Bemühungen der Regierung Israels um Wiedergutmachung des religiösen Instituten während des Krieges zugefügten Schadens. Die Regierung gewähre der Kirche volle Freiheit, weiter ihre Tätigkeit auszuüben. Die kirchlichen Autoritäten hätten den guten Willen Israels anerkannt. Was alle diese Versicherungen bezweckten, ergab sich aus dem Schlußsatz: die Regierung sei bereit, die Sicherheit der heiligen Stätten und den freien Zugang zu ihnen zu garantieren. Der Sinn der ganzen Rede war offenbar, zu zeigen, daß die christliche Welt sich um das Schicksal der Christen im Staate Israel und um die heiligen Stätten keine Sorgen zu machen brauche. Das nur ein Beispiel. Auch andere führende Männer bemühten sich, im gleichen Sinne Propaganda zu machen. Jüdische Journalisten schreiben in europäischen und amerikanischen Zeitungen in derselben Absicht (vgl. den Artikel von Kenneth Bill in New York Herald Tribune vom 17. 8. 49). Im August 1950 schickte die Regierung Israels in außerordentlicher Mission einen Vertreter nach Südamerika, Dr. Moshé A. Tov, der die dortigen Staaten bereiste und in zahlreichen Pressekonferenzen Propaganda für den jüdischen Standpunkt in der Frage der Internationalisierung Jerusalems machte. Man erwartete damals für die Herbstsitzung der Generalversammlung der UNO eine neue Verhandlung über diese Angelegenheit.

Die tatsächliche Lage der Christen im Staate Israel ist aber alles andere als zufriedenstellend. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Regierung Israels den christlichen Gemeinschaften die Religionsfreiheit vorenthält oder sie verfolgt. Den kirchlichen Einrichtungen wird vielmehr das Wasser abgegraben, so daß sie auf die Dauer von selbst zugrunde gehen müssen. In Palästina sind zahlreiche ausländische Geistliche und Ordensleute tätig. Bei

der geringen Zahl der einheimischen Christen ist es ausgeschlossen, aus dem Lande selbst genügend Nachwuchs zu erhalten, der die vielen Schulen und caritativen Einrichtungen weiterführen könnte. Man ist auf Zuzug von Europa angewiesen. Diesen aber unterbindet die Regierung. Auswärtigen Geistlichen und Ordensleuten wird keine Erlaubnis für dauernden Aufenthalt in Israel gewährt. Sie sind nur als „Touristen“ zugelassen, die alle paar Monate ihre Aufenthaltsgenehmigung erneuern müssen, die man also jeden Augenblick abschieben kann. Die katholischen Schulen werden sich nur dann halten können, wenn auch jüdische Kinder sie besuchen. Der konservative religiöse Block übt starken Druck auf die Regierung aus, um sie zum Verbot des Besuches solcher Schulen für Juden Kinder zu veranlassen. Sobald die Regierung selbst genügend Schulen geschaffen haben wird, steht zu befürchten, daß man den katholischen Schulen das Leben unmöglich macht. Schon jetzt wird das Schulprogramm so eingerichtet, daß es den Ordensleuten schwer ist, ihm Genüge zu leisten. Die Hauptunterrichtssprachen müssen hebräisch und arabisch sein. Französisch ist nur in geringem Ausmaß zugelassen. Für die zumeist französischen Ordensleute ist diese Umstellung keine Kleinigkeit. Aber sie haben sich mit Mut an die schwere Aufgabe gemacht. Die caritativen Einrichtungen sind in ihrer Existenz bedroht wegen der Tendenz der sozialistisch eingestellten Regierung, die Wohltätigkeit in den Händen des Staates zu zentralisieren.

Die Hauptfrage für die Existenz der Kirche ist jedoch, ob sich die Christen auf die Dauer überhaupt in Israel werden halten können. Ihre Zahl ist durch den Krieg und die Massenflucht der Araber bereits stark zusammengeschmolzen. Bislang haben verhältnismäßig wenige zurückkehren können und es besteht auch wenig Aussicht auf eine Rückwanderung in Massen, auch wenn die UNO am 11. Dezember 1948 beschlossen hat, die arabischen Flüchtlinge sollten in ihre Heimat zurückkehren. Die Einwanderung von Juden in Israel hält mit unverminderter Stärke an. Das Parlament Israels hat einstimmig durch Zuruf ein Gesetz angenommen, das jedem Juden der Welt grundsätzlich das Recht zubilligt, in das Gelobte Land der Väter zurückzukehren. Es sind bereits 1200000 Juden in Israel, und man hat die Absicht, weitere 6—700000 zuzulassen. Monatlich kommen etwa 16000 jüdische Einwanderer. So wird jedes verfügbare Eckchen von Juden besetzt. Das von den Flüchtlingen verlassene Land wird unter die neu eingewanderten Juden aufgeteilt. So ist kein Platz mehr für die Araber. Eine massenweise Rückkehr der arabischen Flüchtlinge würde zudem wegen der Feindseligkeit der Araber gegenüber den Juden von Israel als eine politische Bedrohung aufgefaßt. Den noch verbliebenen Arabern wird das Leben in jeder Weise schwer gemacht. Sie sind nur Bürger zweiten Ranges. Nicht selten wird ihnen ihr Grundeigentum unter irgendeinem Vorwand weggenommen. Bei Anwesenheit der Familienväter wird der Grundbesitz enteignet, auch wenn Frau und Kinder geblieben sind, erst recht, wenn nur entferntere

Verwandte noch Anspruch erheben können. In der Ebene Esdrelon kam es in manchen Fällen sogar vor, daß man den an Ort und Stelle anwesenden Grundeigentümern ihren Besitz einfach wegnahm. Ja man verlangte sogar die Weiterbezahlung der Grundsteuer für das beschlagnahmte Eigentum. In verschiedenen Städten, so in Jerusalem, Haifa, Ramleh und Jaffa hat man es nicht selten erlebt, daß arabische Hauseigentümer aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Vielen Familien, die während des Krieges wegen der herannahenden Gefahr geflohen, aber im Gebiete Israels geblieben sind, hat man ihr Grundeigentum wegen „Abwesenheit“ beschlagnahmt. Bei all diesen Bedrückungen steht zu befürchten, daß sich die Araber überhaupt und deshalb auch die arabischen Christen eines Tages gezwungen sehen werden, Israel zu verlassen. Die zahlreichen kirchlichen Einrichtungen, die im Staate Israel noch bestehen — „Nouvelles Chrétiennes d'Israel“ gefällt sich darin, lange Listen von ihnen aufzuzählen — werden so einfach in der Luft hängen.

Die jüdische Propaganda und die freundlichen Gesten der Regierung Israels gegenüber der Kirche können nicht über die schwere Gefahr hinwegtäuschen, die die Existenz des Christentums im jüdischen Palästina bedroht. Auch die heiligen Stätten auf israelitischem Boden werden veröden, wenn es dort keine Christen mehr gibt. Die Internationalisierung Jerusalems und internationale Garantie für die übrigen durch das Leben des Erlösers geheiligten Stätten bleibt eine gebieterische Notwendigkeit. Der Heilige Vater hat sich wiederholt energisch dafür eingesetzt und in seinen Enzykliken die katholische Welt zum Schutz des Christentums und der heiligen Stätten in Palästina aufgerufen. Das Schicksal der Kirche in dem Lande, in dem Christus gelebt, gelehrt und gelitten hat und in dem er seine Kirche gründete, kann keinem Katholiken gleichgültig sein.

Intelligenz und Charakter

Von HUBERT THURN S. J.

Intelligenz und Charakter hängen naturgemäß eng zusammen. Sind sie doch Seiten, Teile des einen Menschen. Diese enge Verbundenheit hindert in der Praxis leicht eine klare Scheidung beider Bereiche. Und doch kann es von Nutzen sein zu wissen, was auf das Konto der Intelligenz, also der Einsicht, zu setzen ist und was auf Rechnung des Charakters, das ist der Gefühlsanlagen, der Antriebskräfte, der Willensmöglichkeiten usw. geht. Denn erst dann, wenn diese Voraussetzungen geklärt sind, kann man in der Erziehung oder Selbsterziehung zu einem brauchbaren, richtigen und gerechten Urteil über die Gründe des Versagens, die Ursachen bestimmter Schwierigkeiten kommen und geeignete Maßnahmen ergreifen.